

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Bezugsnehmern und in allen Postämtern erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostfachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der komm. Genossenschaftler / Wirtschaftl. Rundschau / Der proletarische Kulturkampf / Für unsere Frauen / Energie

Bezugspreis monatl. 100 Paus 2,50 M. (Halbmonatl. 1,25 M.) durch die Post bezogen monatl. 2,20 M. (ohne Zustellungsgebühr) Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. B. H. Dresden-L. / Reichsstraße u. Expedition: Osterbahnpostf. 2 / Reichsstraße: 17 259 / Postfachkonto: Dresden Nr. 18690. Dresdner Verlagsgesellschaft: Expedition: Dresden-L. Osterbahnpostf. 2 / Reichsstraße. Amt Dresden Nr. 17 259 / Druckmaschinen: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Mittwoch 16-18 Uhr, Sonnabends 13-14 Uhr

Anzeigenpreis: Die neunmal gebaltene Nonpareilzeile oder deren Raum 0,33 M., für Familienanzeigen 0,20 M. für die Restzeile anschließend an den dreispaltigen Teil einer Zeile 1,50 M. Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-L. Osterbahnpoststraße 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen besonderer Anträge besteht kein Anspruch auf Vorkauf der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

4 Jahrgang Dresden, Freitag den 21. Dezember 1928 Nummer 297

Englische Bombenflugzeuge über Kabul

Offene Interventionsdrohungen Englands

Empörung der afghanischen Bevölkerung

London, 21. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.)

Die englische Presse in Indien fordert mit schamloser Offenheit den Rücktritt Amanullahs und „Garantien für die Zukunft“.

Am 19. Dezember erschien nochmals ein Militärflugzeug über Kabul, das sich gleichfalls mit der englischen Gesandtschaft in Handverbindung setzte und über der Stadt Flugblätter abwarf, in denen es u. a. hieß:

„Sollten vom afghanischen Volk Gewalttätigkeiten gegen britische Beamte oder gegen die Gesandtschafts- und Konsulatsgebäude erfolgen, so weist, daß die englische Regierung alle Maßnahmen treffen wird zur Entschädigung für jegliche Einbuße, die Beamte oder das Eigentum der Gesandtschaft oder der Konsulate erleiden würden.“

Diese Flugblätter, in denen offen mit Intervention gedroht wird, erregten unter der Bevölkerung Kabuls starken Unwillen.

Diese letzte Meldung zeigt deutlich, wie berechtigt unsere Stellungnahme zu den wahren Ursachen des afghanischen Aufstandes war. Ganz offensichtlich wird dieser reaktionäre Aufstand von den englischen Interessenten gesührt, die sogar nicht vor frechen Provokationen der gesamten Bevölkerung zurückschrecken, um auf jeden Fall eine Einmischungsmöglichkeit zu erzwingen. Diese Tatsache verstärkt die moralische Unterstützung der gegenwärtig bestehenden Regierung in Afghanistan durch die Sowjetunion und verpflichtet alle Gegner des Imperialismus und der kolonialen Unterdrückung zur Förderung dieser Unterstützungskampagne. Sogar die bürgerliche Presse in Deutschland ist nunmehr gezwungen, die englischen Interventionsabsichten zuzugeben. So kommentiert der Dresdner Anzeiger in seiner gestrigen Ausgabe seine Meldungen über die afghanischen Vorgänge folgendermaßen:

„Diese Meldung zeigt deutlich, worauf die Engländer in ihrer heutigen Politik gegen Afghanistan hinauswollen. Die Reformen des Königs Amanullah sind ihnen natürlich in höchstem Grade unangenehm denn sie lauten darauf hinaus, Afghanistan zu einem modernen Staatsgebilde zu machen, das als Kern einer neuen islamitischen Großmacht zwischen Persien, den arabischen und indischen Mohammedanern und an der russischen Grenze für die Stellung Englands in Indien außerordentlich gefährlich werden könnte. Heute schon sieht fast, daß die Engländer keinesfalls die Pläne Amanullahs unterstützen werden, sondern daß sie durch ihre Agenten die orthodoxen Bergstämme gegen den König aufputschen und vielleicht auch

mit Geld und Waffen unterstützen werden. Denn — so heißt es auch in der vorliegenden Londoner Meldung — die englische Politik hat alles Interesse, dafür zu sorgen, daß die Stabilität Afghanistans als Pufferstaat unter allen Umständen aufrecht erhalten bleibt, das heißt, daß die Zustände in Afghanistan so bleiben sollen wie bisher.“

Um so interessanter ist jedoch die verschleierte, aber nicht abzuleugnende

Unterstützungskampagne der Dresdner Volkszeitung für den Anglo-Imperialismus.

Dieses sozialdemokratische Blatt bringt es fertig, in einem Artikel die Dinge bewußt auf den Kopf zu stellen und damit, statt gegen die Intervention des englischen Imperialismus Protest zu erheben, insgeheim die Stimmung gegen — Rußland zu schüren, obgleich jedem Einflüchtigen klar sein dürfte, daß die Sowjetunion diesen offensichtlich reaktionären Aufstand der feudalen Scheichs niemals entsetzt oder unterstützt haben kann, denn dieser Aufstand liegt offenbar im Interesse des englischen Imperialismus und richtet sich gegen das wirtschaftliche Bündnis des Orients mit der Sowjetunion zum Zwecke der Förderung kulturellen und politischen Fortschritts. Wörtlich schreibt dieses Blatt, das mehr und mehr als Agent des englischen Imperialismus gegen Sowjetrußland auftritt:

„England und Rußland beschuldigen sich wieder einmal gegenseitig, den Aufstand entfesselt oder begünstigt zu haben. Sicher erscheint, daß England am gegenwärtigen Konflikt in Afghanistan kein Interesse hat. Im Gegenteil, es würde Amanullah als Verbündeten, der die Selbständigkeit des Kaiserreiches, den England zwischen Indien und Rußland braucht, zu garantieren liehen. Siegt die religiös-primitiv

Strömung gegen die Zentralgewalt, so können von diesem Aufstand nach Indien und Persien Funken hinstreuen, die auch dort allerbald zur Explosion bringen.“

Das Urteil über diese Stellungnahme eines sozialdemokratischen Blattes überlassen wir der Öffentlichkeit. Es genügt, festzustellen, daß diese unverstörte Fälschung der Dinge von den Ereignissen selbst widerlegt wird.

Niederlage Englands in Afghanistan

Die ausländischen Reaktionen zurückgeschlagen

Berlin, 21. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.)

Der Korrespondent des Berliner Tageblattes in Moskau telegraphiert: „Die Pravda hält gegenüber den englischen Demarks davon fest, daß der bekannte frühere englische Oberst Cameron, der auch in Deutschland durch sein Buch „Aufstand in der Mitte“ bekanntgeworden ist, sich im Auftrag der englischen Regierung in Afghanistan aufhalte. Er habe die Erhebung mit verursacht. Die Sowjetpresse erklärt einstimmig, daß die gegenwärtigen inneren Kämpfe in Afghanistan darüber entscheidend werden, ob Afghanistan als unabhängiger Staat weiter bestehe oder zu einem Pufferstaat zwischen Indien und Rußland herabgedrückt werde. Es sei unwahrscheinlich, daß die breiten Massen Afghanistans, die das Reformwerk Amanullahs freudig begrüßt hätten, dem König nun gegen die Russen, die von außen antworteten würden, nicht folgen würden. Die „Towestija“ verflucht die gegenwärtige Regierung in Kabul die Sympathie der Sowjetmassen, die jeden gegen Afghanistan gerichteten Schlag so bekräftigen würden, als sei er gegen die Freiheitsbewegung aller Völker des Ostens gerichtet. Das Auswärtige Amt erhielt von den Sowjetvertretern in Kabul ein Telegramm, daß in der Sowjetlandschaft alles wohl sei. Amanullah befindet sich mit seiner Familie in Kabul in Sicherheit. Der Angriff der Rebellen auf die Hauptstadt sei zurückgeschlagen, doch hätten in der Nähe Kabuls noch heftige Kämpfe statt.“

Neuen großen Arbeitskämpfen entgegen

Die Weihnachtstage 1928 stehen im Zeichen einer immer größeren Verschärfung des Kampfes zwischen Kapital und Arbeit. Nachdem die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer die Arbeiter in ihrem Kampf gegen die Hüttenindustriellen verraten haben, nähern die Unternehmer die Lage rücksichtslos aus und schreiten konsequent weiter. Severings Diktat macht den Hüttenindustriellen den Weg zum Abbau der Arbeitslöhne frei. Am 1. Januar wollen die

Metallindustriellen in Mitteldeutschland ausperren. Auch dort sollen die Arbeiter der Metallindustrie keinen Pfennig Lohnhöhung erhalten. Die 50 000 streikenden Westarbeiter sollen mit einer Niederlage in die Betriebe zurückgehen. Auf die Textilarbeiter hagelten in den letzten Tagen eine Anzahl Schiedsprüche, die an Arbeiterfeindschaft alles übertreffen, was wir in den letzten Jahren erlebt haben. Die vom sozialdemokratischen Reichsarbeitsminister Wissel instruierten Schlichter wagen es, Schiedsprüche ohne einen Pfennig Lohnhöhung zu fällen, wie in der Lausitz, den größten Teil der Arbeiter leer ausgehen zu lassen, wie in Sachsen und Thüringen, unerhörte Verschlechterungen zu diktieren, wie das seit jeher von den Arbeitern scharf bekämpfte Doppeltariffsystem, das im Sächsischen Textilschiedspruch angeordnet wird. Die Unternehmer provozieren die Textilarbeiter bis aufs Blut und es sind in dieser Industrie schwere Kämpfe zu erwarten.

In allen Teilen des Reiches demonstrieren die Erwerbslosen für eine Winterbeihilfe.

Die Arbeitslosen haben begriffen, daß sie auf die Straße gehen müssen, wenn sie dieses Jahr überhaupt eine Winterbeihilfe erhalten wollen. Die gezahlte Erwerbslosen- und Krisenunterstützung ist ja so erbärmlich gering, daß für das Budget der Erwerbslosen die Winterhilfe in der Zeit der größten Kälte eine unbedingte Notwendigkeit ist. Im vorigen Jahr hat es die Bürgerblockregierung nicht gewagt, die Winterbeihilfe ganz zu verweigern, sie hat wenigstens 9 Mark für jeden Erwerbslosen bewilligt. Doch in diesem Jahr hat die sozialdemokratische Reichsregierung die Winterbeihilfe verhindert und nun haben die Erwerbslosen nur noch die Hoffnung, von den Gemeinden eine Beihilfe durchzusetzen. Doch auch in den Gemeindeparlamenten erweisen sich die SPD-Führer als die rücksichtslosesten Feinde der Erwerbslosen. Die demonstrierenden Erwerbslosen werden mit dem Gumminußel und dem Säbel auseinandergehauen. Nicht genug mit der Verweigerung der Winterbeihilfe, tritt jetzt der von den SPD-Führern mit beschlossene Unternehmungsraub an den Saisonarbeitslosen in Kraft, durch den Hunderttausende dem grimmigsten Hunger ausgeliefert werden. Bereits Mitte Januar wird sich die neue Verordnung mit aller Schärfe auswirken.

Die sozialen Konflikte spitzen sich zu.

Unternehmertum und Koalitionsregierung führen einen systematischen Feldzug gegen die Arbeiterklasse. Das Unternehmertum will auf Kosten der deutschen Arbeiter den Auslandsabsatz deutscher Produkte steigern. Steigerung der

Severings Hungerdiktat

Der Reichsinnenminister Severing hat die Vertreter der drei Metallarbeiterverbände und des Arbeitgeberverbandes der nordwestlichen Gruppe für heute Freitag 10 Uhr nach Dortmund geladen zur Bekanntgabe seines Schiedspruches.

Obwohl der Inhalt des Schiedspruches erst heute veröffentlicht wird, weiß die Unternehmerpresse eingehende Mitteilungen über diesen Schiedspruch zu machen. Das Berliner Tageblatt, die Zeitung der Börse, der Arbeiter und Bankbeamten berichtet, daß der Schiedspruch eine Erhöhung der Stundenlöhne für ungelernete Arbeiter um 8 Pfennige vorsieht und in diesem Punkte an dem Schiedspruch Joettens vom 26. Oktober festhält. Gleichsam entschuldigend weist die Unternehmerpresse darauf hin, daß eine solche Erhöhung nicht zu umgehen war, weil die Stundenlöhne der ungelerneten Arbeiter in den Nachbarindustrien des Arbeitsgebietes Nordwest bereits erheblich höher liegen, als in der Stahl- und Eisenindustrie. Jedoch arbeiten 80 Prozent der in Betracht kommenden Arbeiter nicht im Zelt, sondern im Akkordlohn. Die Unternehmerpresse berichtet nun, daß der sogenannte Schiedspruch Severings in der Frage der Akkordlöhne hinter den Bestimmungen des Joettenschen Schiedspruches zurückbleiben wird. Die weitans überwältigende Mehrheit der Arbeiter der Eisen- und Stahlindustrie wird also bei dieser „Vermittlungsfaktion“ des sozialdemokratischen Reichsinnenministers leer ausgehen.

Der Deutsche Organ des christlichen Gewerkschaftsbundes, bemerkt dazu: „Wir bemerken ausdrücklich, daß diese Meldung Mitteilungen wiedergibt, die in sehr gut unterrichteten Unternehmerrreisen umlaufen... Bekanntlich ist von den Arbeitgebern gerade dieser Akkordausgleich (um 2 Pfennige) nach seiner rechtlichen Seite hin als Ein-

griff in einen bestehenden Manteltarifvertrag bezeichnet worden.“ Danach ist also der Severingsche Spruch, der den in Akkord stehenden Arbeitern nichts gibt, und damit die große Mehrheit der Arbeiter um die Früchte ihres Kampfes preisgibt, das Resultat einer alleseitigen Anerkennung der Unternehmerforderungen. Die Unternehmer haben auf der ganzen Linie gefiegt und Severing ist ihr Agent.

Wie der Deutsche weiter mitteilt, wird der Spruch Severings hinsichtlich der Arbeitszeit „für einige wenige Gruppen Verkürzungen“ enthalten:

Ueber diese Gruppen soll sich Severing mit der Unternehmerschaft verständigt haben.

Soweit also wirklich für ein paar tausend Arbeiter in der Arbeitszeitfrage Erleichterungen eintreten, führt Severing auch hier lediglich die Diktate der Eisenindustriellen und Hüttenbarone durch. Dieser Schiedspruch soll bis Ende 1930 Gültigkeit haben! Vor diesem Schiedspruch kapitulieren, hieße die Ziele eines opferreichen langen Kampfes resultatlos preisgeben. Die reformistische Gewerkschaftsbürokratie, die Severing ihr volles Vertrauen ausgesprochen hat, ist auch jetzt wieder bereit, die Kapitulation vor dem Unternehmenschiedspruch Severings zu vollziehen. Dieser Schiedspruch ist das schlimmste Glied in der Kette von Verrätereien, die die sozialdemokratische Führersclique in der letzten Zeit zustande gebracht hat. Die Hüttenarbeiter, die in die Betriebe zurückgegangen sind, ohne ihre unmittelbaren Ziele zu erreichen, sind keineswegs geschlagen. Sie werden nicht bis zu Ende 1930 warten, sie werden den Kampf um menschenwürdige Löhne und für den Achtstundentag unter Führung der Kommunistischen Partei aufnehmen und den Schiedspruch eines Severing zurückweisen.